



Bundestagswahl 2021
**Digitale Bedrohungen
und ihre Folgen**

Julia Smirnova, Anneli Ahonen, Nora Mathelemuse,
Helena Schwertheim und Hannah Winter

Autor:innen

Julia Smirnova

Julia Smirnova arbeitet als Analystin für die Digital Analysis Unit des ISD und für ISD Germany und untersucht die Verbreitung von Desinformationen, Verschwörungsmethoden und extremistischen Ideologien im Internet. Als Teil der ISD Election Monitoring Unit erforscht sie Desinformationskampagnen sowie Bestrebungen zur Wahlbeeinflussung. Zuvor arbeitete sie als Journalistin und schrieb für deutsche Medien wie DER SPIEGEL oder WELT.

Anneli Ahonen

Anneli Ahonen beobachtete als Senior Fellow beim ISD Germany Versuche ausländischer Einflussnahme auf die Bundestagswahl 2021. Bis zum Sommer 2021 leitete sie die East Stratcom Task Force, eine Anti-Desinformations-Abteilung beim Europäischen Auswärtigen Dienst. Davor arbeitete sie als Journalistin und berichtete von 2009 bis 2016 aus Sankt Petersburg für die finnische Zeitung Helsingin Sanomat.

Nora Mathelemuse

Nora Mathelemuse arbeitet als Analyse-Fachkraft beim ISD Germany im Bereich der digitalen Forschung und untersucht die Verbreitung von digitaler Gewalt, Desinformationen, Verschwörungsmethoden und extremistischen Ideologien auf Social-Media-Plattformen. Als Teil der ISD Election Monitoring Unit erforscht Nora politische Kommunikation, Desinformationskampagnen sowie Bestrebungen zur Wahlbeeinflussung. Nora unterstützt die digitale Forschungsabteilung mit deren technischen Fähigkeiten und Wissen.

Helena Schwertheim

Helena Schwertheim ist Senior Manager beim ISD Germany. Sie leitet ein Team von Analyst:innen, das Bedrohungen des sozialen Zusammenhaltes und der Demokratie durch digitale Desinformation, Hassrede und Extremismus untersucht.

Hannah Winter

Hannah Winter arbeitet als Analystin beim ISD Germany im Bereich der digitalen Forschung und untersucht die Entstehung und Streuung von Desinformationen, Verschwörungsmethoden und extremistischen Ideologien auf den Social-Media-Plattformen. Als Teil der ISD Election Monitoring Unit erforscht sie politische Online-Kommunikation, Desinformationskampagnen sowie Bestrebungen zur Wahlbeeinflussung.

Der Bericht wurde mit Unterstützung von Chloe Colliver, Cooper Gatewood, Mauritius Dorn, Gil Jung und Huberta von Voss verfasst.

Herausgeberische Verantwortung:

Huberta von Voss, Executive Director ISD Germany

Das Projekt wurde finanziell von Reset Tech unterstützt. Die inhaltliche Verantwortung liegt ausschließlich beim ISD Germany.

Inhaltsverzeichnis

Glossar	4
Einleitung	5
Executive Summary	7
Desinformation über die Integrität der Wahl	8
Online-Hass und digitale Gewalt	14
Versuche ausländischer Einflussnahme	21
Fazit und Ausblick	23
Empfehlungen	24
Endnoten	25

Glossar

Desinformationen

Unter Desinformationen versteht das ISD Germany die absichtliche Verbreitung von falschen Informationen über eine Person oder einen Sachverhalt.

Digitale Gewalt

Digitale Gewalt ist ein Phänomen, das sich mit der Verbreitung von elektronischen Kommunikationsmitteln und sozialen Netzwerken ständig weiterentwickelt und unterschiedliche Formen annimmt. Die deutsche Organisation HateAid, die Betroffene von digitaler Gewalt unterstützt, benutzt die folgende Definition: „Der Sammelbegriff umfasst verschiedene Formen der Herabsetzung, Belästigung, Diskriminierung, sozialen Isolation und Nötigung anderer Menschen im Internet und mit Hilfe elektronischer Kommunikationsmittel.“

„Great Reset“-Verschwörungsmythos

Anhänger dieses Verschwörungsmythos behaupten, dass die Covid-19-Pandemie in Wirklichkeit eine globale Verschwörung dunkler Kräfte sei, mit dem Ziel, weltweit die Macht zu übernehmen. Der „Great Reset“ hat antisemitische Motive und wird mit dem Weltwirtschaftsforum in Davos sowie dem Finanzinvestor George Soros in Verbindung gebracht.

Malinformationen

Malinformationen sind wahrheitsgemäße Inhalte, die mit Schadensabsicht verbreitet und häufig aus ihrem Kontext gerissen werden.

NetzDG

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) ist ein am 1. Oktober 2017 in Kraft getretenes Gesetz zur Stärkung der Rechtsdurchsetzung im Internet und wurde zuletzt im Mai 2021 geändert. Ziel des Gesetzes ist es, eine effektivere Bekämpfung strafbarer Hassrede und anderer strafbarer Inhalte in den sozialen Netzwerken zu erwirken. Der Anwendungsbereich des Gesetzes umfasst Plattformen mit mindestens zwei Millionen registrierten Nutzer:innen im Inland.

Plattform

Unter Plattformen fassen wir Internetseiten oder Apps, über die Nutzer:innen miteinander in Austausch treten können. Besonders relevant sind hierbei die sogenannten sozialen Medien oder sozialen Netzwerke sowie Messenger-Dienste.

Rechtsextremismus

Nach der Arbeitsdefinition des ISD bezeichnet Rechtsextremismus eine Form des Nationalismus, die sich durch ihren Bezug auf rassistische, ethnische oder kulturelle Vorherrschaft auszeichnet.

Telegram

Telegram ist ein Messenger-Dienst, der 2013 vom russischen Tech-Unternehmer Pawel Durov gegründet wurde. Der Service soll eine sichere Kommunikation ohne Beobachtung durch Regierungen, vor allem in autoritären Staaten, ermöglichen. Inzwischen nutzen auch Extremist:innen und Verschwörungsideolog:innen den Dienst.

Verschwörungsmythen

Verschwörungsmythen sind Erklärungsversuche für Ereignisse oder den Zustand der Welt, denen unbewiesene Verschwörungen einer meist kleinen Gruppe von Akteuren mit angeblich finsternen Absichten zu Grunde liegen. Im Gegensatz zur Erforschung von tatsächlichen Verschwörungen mangelt es Verschwörungsmythen an empirischen Beweisen. Sie bedienen sich oft bestehender Stereotypen (etwa aus dem Bereich des Antisemitismus) und stellen nicht falsifizierbare Behauptungen auf.

Einleitung

Die Bundestagswahl 2021 markierte einen Wendepunkt in der deutschen Politik. Nach mehr als 16 Jahren im Kanzleramt trat Angela Merkel (CDU) nicht mehr zur Wiederwahl an. Die Sozialdemokraten (SPD) gewannen die Wahl in einem Kopf-an-Kopf-Rennen und bildeten eine Dreierkoalition mit Bündnis 90/Die Grünen und den Freien Demokraten (FDP).

Zudem fand die Wahl inmitten der Covid-19-Pandemie statt. Das bei vielen Menschen weltweit weitverbreitete Gefühl des Kontrollverlusts, die soziale Isolation und finanzielle Unsicherheit schufen einen Nährboden für die Verbreitung falscher Informationen. Diese Faktoren polarisierten und schürten Unzufriedenheit, die sich sowohl gegen Regierungen als auch gegen marginalisierte Gruppen in der Gesellschaft richtete. In Deutschland vereinte die „Querdenker“-Bewegung Verschwörungsideologen, rechtsextreme Gruppen und Esoterik-Gemeinschaften in ihrer Ablehnung der staatlichen Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung. Untersuchungen¹ des ISD Germany zeigten, dass die Zahl der Anhänger:innen deutschsprachiger Seiten und Kanäle von Impfgegner:innen auf Social-Media-Plattformen wie Facebook, Instagram und Telegram seit Beginn der Pandemie deutlich zugenommen hat. Damit sind gesundheits- und insbesondere impfstoffbezogene Desinformationen in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Wie bereits bei vergangenen Wahlen, wurden auch 2021 bestimmte Themen zur Mobilisierung an den Rändern des politischen Spektrums instrumentalisiert. 2017 nutzte die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) den Zustrom von Geflüchteten im Jahr 2015 zur Mobilisierung der Wähler:innen für ihre Sache und gewann 94 Sitze im Bundestag. 2021 sprach die AfD die Wähler:innen in erster Linie mit dem Thema der pandemiebedingten Einschränkungen an. Auch neue politische Kleinstparteien und Vereinigungen wie die Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis) oder „Bürger für Deutschland“ konzentrierten ihre Wahlprogramme auf den Widerstand gegen die staatlichen Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung. In ihrer Rhetorik wurde die Ablehnung der pandemiebedingten Einschränkungen häufig durch ein allgemeines Misstrauen gegenüber dem „System“ aus etablierten politischen Parteien und Medien untermauert. In einigen Fällen wurde dies mit

Verschwörungsmythen sowie antisemitischen oder anderen fremdenfeindlichen Behauptungen verknüpft. Dieses Geschehen gab Anlass zu großer Sorge über die Auswirkungen der pandemiebedingten Desinformation auf das Vertrauen in demokratische Prozesse.

Spätestens seit dem versuchten Sturm auf den Reichstag im August 2020 sind sich die deutschen Behörden des Radikalisierungspotenzials der Netzwerke von Covid-19-Skeptiker:innen bewusst. Teile der „Querdenker“-Bewegung wurden vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet und in eine neu eingeführte Kategorie² für extremistische Gruppen eingeordnet: „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“. Covid-19-Skeptiker:innen verbreiteten online Behauptungen, in denen der deutsche Staat als eine „Diktatur“ bezeichnet wurde und nutzten dieses Narrativ zur Rechtfertigung des Einsatzes von Gewalt gegen Repräsentant:innen des Staates. Diese Trends waren im Vorfeld der Wahlen besonders besorgniserregend.

Einige AfD-Politiker:innen und Verschwörungsideolog:innen verbreiteten in Deutschland bereits Anfang 2021 zweifelhaftes Narrative und kopierten nachweislich falsche, vom unterlegenen US-Präsident Donald Trump verbreitete Behauptungen. Dazu gehört die Behauptung über angeblichen „Wahlbetrug“ in den USA, um zu suggerieren, dass die Wahl in Deutschland ebenfalls „manipuliert“ werden könnte.

Schließlich stellte das Bundesamt für Verfassungsschutz vor der Wahl fest, dass ein erhöhtes Risiko für Cyberspionage und Einflussnahme seitens vom russischen Staat unterstützter Akteur:innen bestehe und warnte vor möglichen „Hack-and-Leak“-Operationen.³ Später ordnete die Bundesregierung öffentlich die wiederholten Hackerangriffe auf deutsche Abgeordnete und Mitglieder von Landesparlamenten russischen Sicherheitsdiensten zu.⁴

Vor diesem Hintergrund setzte sich ISD Germany zum Ziel, digitale Bedrohungen während des Wahlkampfes, am Wahltag und nach der Wahl zu ermitteln und verfolgen. Das Team konzentrierte sich dabei auf drei Schwerpunkte: 1) Des- und Falschinformationen in Bezug auf die Integrität der Bundestagswahl

und des Wahlergebnisses; 2) digitale Gewalt gegen einzelne Kandidat:innen sowie gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen während des Wahlkampfes; und 3) ausländische Beeinflussung, sowohl offen als auch verdeckt. Diese drei Bereiche wurden mit einer Kombination verschiedener Methoden untersucht. Dies umfasste die tägliche ethnografische Beobachtung und Open-Source-Intelligence auf den wichtigsten Social-Media-Plattformen (Facebook, Instagram, TikTok, Telegram und VK), quantitative Bewertungen mit Online-Analyse-Tools wie Crowdtangle und Brandwatch sowie die Erfassung und Analyse von Daten mit dem ISD-eigenen Programm *Beam*⁵. Dieser retrospektive Bericht beinhaltet zudem die Rechercheergebnisse anderer Forschungsorganisationen, mit denen ISD Germany im Kontext der Wahl zusammengearbeitet hat.

Executive Summary

Online-Desinformation und digitale Gewalt gegen Politiker:innen begleiteten den Bundestagswahlkampf 2021 in Deutschland. Derartige schädliche Inhalte waren sowohl auf den populärsten Social-Media-Plattformen wie Facebook, Instagram, YouTube oder Twitter, als auch auf alternativen Plattformen wie Telegram häufig einer großen Öffentlichkeit leicht zugänglich.

- Online-Communities von AfD-Unterstützer:innen, Covid-19-Skeptiker:innen und Verschwörungsideolog:innen sowie rechtsextreme Gruppen verbreiteten gezielt Desinformationen über die Integrität des Wahlprozesses und des Wahlergebnisses. Für den Zeitraum zwischen dem 01. März 2021 und dem 31. Oktober 2021 identifizierte ISD Germany mindestens 3.819 Beiträge in deutscher Sprache über einen angeblichen „Wahlbetrug“ oder „Wahlmanipulation“ auf öffentlich zugänglichen Seiten oder in öffentlichen Gruppen auf Facebook und 68.215 Beiträge auf Twitter, mit Diskussionshöhepunkten rund um den Tag der Bundestagswahl sowie dem Stichtag zweier Regionalwahlen. Die ständige Wiederholung derartiger Narrative hat das Potenzial, Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen zu säen, besonders wenn Nutzer:innen diesen Inhalten langfristig und wiederholt ausgesetzt sind.
- Extremistische Gruppen, Unterstützernetzwerke politischer Parteien und Verschwörungsideolog:innen nutzten Social-Media-Plattformen zum Mobbing prominenter Kandidat:innen und zur Verbreitung von Desinformationen über sie. Sie griffen Armin Laschet (CDU/CSU), Olaf Scholz (SPD) und Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) nicht nur mit verbalen Beleidigungen an, sondern auch mit Verschwörungserzählungen und Desinformationen. Diese Inhalte beschränkten sich nicht nur auf alternative Plattformen: Von den 100 meistgeteilten Facebook-Posts über Baerbock, die zwischen Februar und Juli 2021 von öffentlichen Gruppen oder Seiten publiziert wurden, enthielt knapp jeder fünfte (18 Posts) falsche Informationen und Verschwörungsnarrative.
- Weniger prominente Kandidat:innen wurden ebenfalls Ziel digitaler Gewalt. Die vom ISD Germany durchgeführte Analyse von Tweets, die Twitter-Nutzer:innen an eine Auswahl von 40 Kandidat:innen des gesamten politischen Spektrums sendeten, ergab, dass jede:r einzelne Kandidat:in an jedem einzelnen Tag des Wahlkampfes im August und September durchschnittlich mindestens einen Hass-Tweet erhalten hatte. Im untersuchten Zeitraum (01.08.2021-27.09.2021) fanden sich unter den insgesamt 255.612 erfassten Tweets 3.147 potenziell beleidigende Postings. Die häufigste Form der Beleidigung stellte die Intelligenz der Kandidat:innen in Frage (692 Mal). Auf dem zweiten Platz lagen Beleidigungen, in denen die Kandidat:innen mit Tieren verglichen wurden (343 Mal), gefolgt von Selbstwertgefühl verletzende Verunglimpfungen (110 Mal) sowie rassistischen (70 Mal) und sexistischen Beleidigungen (36 Mal).
- Mit einer vergleichenden Analyse der Aktivitäten russischer, türkischer, chinesischer und iranischer staatlicher Medien in Deutschland während des Wahlkampfes hat die Alliance for Securing Democracy (ASD) des German Marshall Fund (GMF), festgestellt, dass die russischen Staatsmedien die größte Anzahl von Interaktionen auf Social-Media-Plattformen erhielten. Die russischen staatlichen Medien in Deutschland konzentrierten sich stärker als die chinesischen, türkischen und iranischen auf für die Wahl relevante Themen und kontroverse innenpolitische und soziale Fragen. Der Sender „Russia Today Deutsch“ (RT DE) erörterte häufig den Umgang der deutschen Regierung mit der Pandemie und wurde in großen, deutschen Online-Communities von Covid-19-Skeptiker:innen oft als Quelle zitiert. RT DE wurde in diesen Communities zu einer populären und glaubwürdigen Nachrichtenquelle, der von den Nutzer:innen viel Vertrauen entgegengebracht wurde - im Gegensatz zu den kritisch betrachteten und verunglimpfend betitelten deutschen „Mainstream-Medien“. In einem Sample von 279 deutschsprachigen Telegram-Kanälen aus dem rechtsextremen und verschwörungsideologischen Milieu gehörte de.rt.com sowohl zu den Top-10 populärsten Domänen insgesamt als auch zu den Top-5 populärsten Nachrichtenseiten.

Desinformationen über die Integrität der Wahl

Desinformationen über die Integrität der Wahl sollen das Vertrauen in demokratische Wahlprozesse untergraben. Sie manifestierten sich in der Verbreitung falscher und unbegründeter Behauptungen über angeblichen Wahlbetrug oder vermeintlicher Verschwörungen zur Beeinflussung des Wahlergebnisses. In Deutschland haben extremistische – besonders rechtsextreme Akteur:innen – seit mehreren Jahren falsche Informationen über ein angeblich hohes Risiko einer „Wahlmanipulation“ verbreitet. Während des Wahlkampfes 2017⁶ rief die Organisation „Ein Prozent“, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) als Verdachtsfall von Rechtsextremismus beobachtet wird⁷, ihre Unterstützer:innen dazu auf, Wahlbeobachter:innen zu werden, um einen angeblich erwartbaren Wahlbetrug zu verhindern. Ein russisches Botnetz verstärkte diese Behauptung zudem auf Twitter.⁸ „Ein Prozent“ führt seit 2016⁹ ähnliche Kampagnen während Landtags- und Kommunalwahlen durch. Der Verein verbreitete¹⁰ falsche Behauptungen über angebliche Wahlfälschungen am Tag der Wahlen zum Europaparlament im Jahr 2019.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 beobachtete das ISD ähnliche Taktiken und Narrative, die im selben Jahr während der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz eingesetzt wurden. AfD-Politiker:innen griffen die Idee eines „Wahlbetrugs“ in Deutschland auf, und stützten sich dabei auf unbegründete Behauptungen, dass es angeblich bei den US-Präsidentenwahlen 2020 zu solchen Aktivitäten gekommen sei. Besonders bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt¹¹ im Juni 2021 ließ sich nachweisen, dass Teile der deutschen Wählerschaft irreführenden Informationen über angebliche Wahlmanipulationen ausgesetzt waren. Nachdem die AfD weniger Stimmen als erwartet erhielt, versuchten Influencer:innen aus der rechtsextremen und verschwörungsideologischen Szene sowie AfD-Unterstützer:innen das Ergebnis in den sozialen Medien als „Wahlbetrug“ darzustellen, ohne stichhaltige Beweise für tatsächliche Unregelmäßigkeiten vorzulegen. Eine Untersuchung von ISD Germany¹² zeigte, dass das Hashtag #Wahlbetrug innerhalb von 24 Stunden nach dem Wahltag am 26. September 4.860 Mal auf Twitter verwendet wurde. Beiträge mit diesem Hashtag erzielten eine geschätzte Reichweite von 2,6 Millionen potenziellen Impressionen.

Insgesamt identifizierte das ISD mindestens 68.215 Beiträge auf Twitter und 3.819 Facebook-Beiträge auf öffentlich zugänglichen Seiten und in öffentlichen Gruppen, die sich zwischen dem 01. März und dem 31. Oktober 2021 mit angeblichem „Wahlbetrug“ oder „Wahlmanipulation“ befassten. Eine im Juni 2021 von Pollytix unter deutschen wahlberechtigten Internetnutzer:innen durchgeführte Umfrage ergab außerdem, dass 31 Prozent der Befragten insgesamt und 69 Prozent der AfD-Unterstützer:innen Manipulationen bei der Briefwahl befürchteten.¹³ Weitere Untersuchungen sind jedoch erforderlich, um die möglichen Auswirkungen dieser Art von Falsch- und Desinformation auf das Vertrauen der Öffentlichkeit in Wahlprozesse zu verstehen.

Akteur:innen und Volumina im Laufe der Zeit

ISD Germany führte eine Analyse von Schlüsselwörtern und -sätzen in Verbindung mit Wahlbetrug auf Facebook, VK, Instagram und Telegram durch. Anhand dieser kamen die Forschenden zu dem Ergebnis, dass Online-Communities von Covid-19-Skeptiker:innen, Anhänger:innen von Verschwörungsmithen (einschließlich deutscher QAnon-Anhänger:innen und „Reichsbürger:innen“) sowie rechtsextreme Gruppen und AfD-Anhänger:innen Desinformationen über angebliche Wahlmanipulationen erstellten und verbreiteten. Prominente deutsche Verschwörungsinfluencer:innen wie Attila Hildmann, Oliver Janich und Miriam Hope¹⁴ spielten hierbei eine wichtige Rolle.

Auf Facebook wurden vom 01. März 2021 bis zum 31. Oktober 2021¹⁵ mindestens 3.819 deutschsprachige öffentliche Beiträge über „Wahlbetrug“ oder „Wahlmanipulation“ veröffentlicht. Die Diskussion über „Wahlbetrug“ erreichte ihren Höhepunkt am Tag der Bundestagswahl (26. September 2021). Auch am Tag der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (06. Juni 2021) wurde ein höheres Volumen dieser Postings verzeichnet. Dasselbe trifft für den Zeitraum nach den Kommunalwahlen in Hessen im März 2021 zu, als in Rüsselsheim und Raunheim tatsächliche Unregelmäßigkeiten entdeckt wurden¹⁶ und die Staatsanwaltschaft Ermittlungen einleitete.

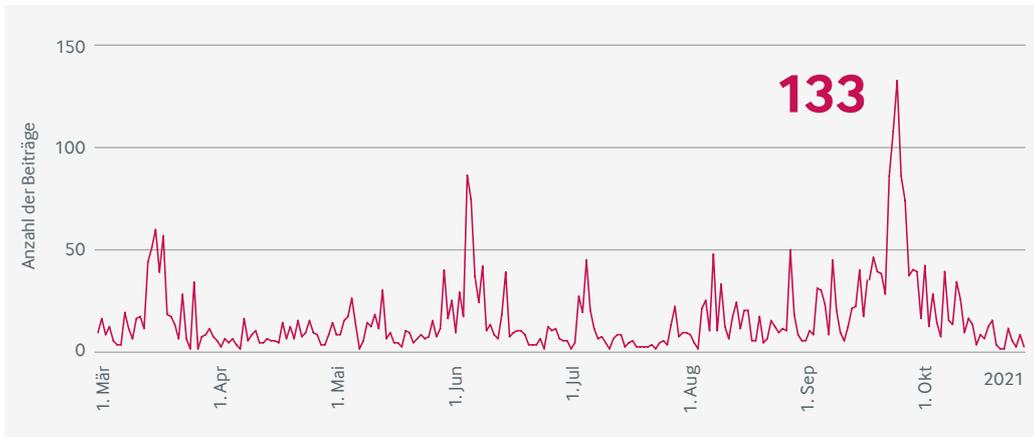


Abbildung 1 Beiträge über Wahlbetrug auf Facebook im Zeitraum vom 01. März 2021 bis zum 31. Oktober 2021.

Auf Twitter wurden vom 01. März 2021 bis zum 31. Oktober 2021 mindestens 68.215 deutschsprachige Tweets über angeblichen Wahlbetrug veröffentlicht. Die Diskussion erreichte ihren Höhepunkt etwa zum selben Zeitpunkt wie die entsprechende Debatte auf Facebook.

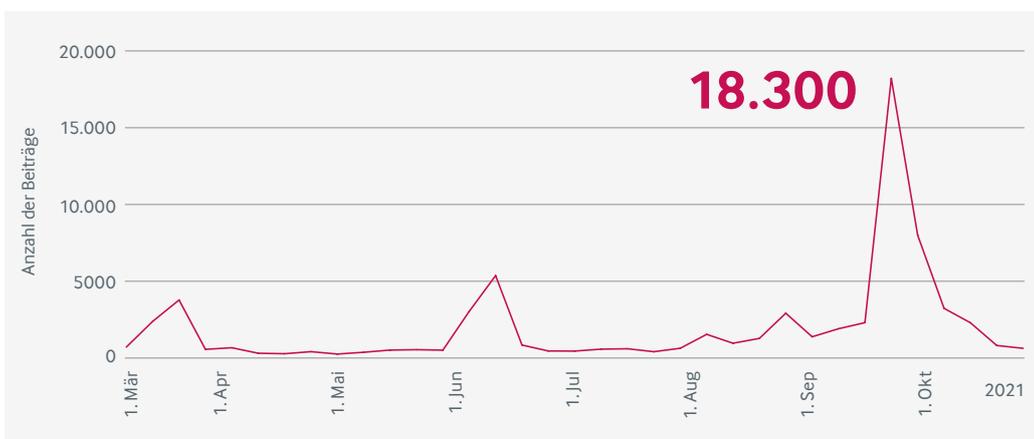


Abbildung 2 Beiträge über Wahlbetrug auf Twitter vom 01. März 2021 bis zum 31. Oktober 2021.

Narrative rund um die Integrität der Wahl

Mobilisierung von „Wahlbeobachtern“: Die Förderung von gesellschaftlichem Engagement und Wahlbeobachtung als Mittel zur Verbreitung von Falschinformationen

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 verbreiteten prominente AfD-Politiker:innen wie Björn Höcke und der oben genannte Verein „Ein Prozent“ Behauptungen, nach denen Wahlmanipulationen zu Ungunsten der AfD wahrscheinlich seien. Diese Behauptungen wurden zur Mobilisierung von Unterstützer:innen rechtsextremer Gruppen als Wahlbeobachter:innen genutzt. In den Wochen vor der Wahl veröffentlichte die AfD mehrere

Videos, die zur Wahlbeobachtung aufriefen. Diese wurden auf Facebook, Instagram, YouTube, Twitter, Telegram und TikTok geteilt. So wurde drei Tage vor der Bundestagswahl sowohl auf der offiziellen Facebook-Seite der AfD, als auch auf dem offiziellen YouTube-Kanal der AfD ein Video¹⁷ veröffentlicht, in dem die AfD ihre Anhänger:innen dazu aufruft, Wahlbeobachter:in zu werden. Dieses Video (ein Zeichentrickfilm) behauptete, dass die Wahl 2021 in Deutschland besonders anfällig für Manipulationen sei, weil sich viele Wähler:innen für die Briefwahl entschieden hätten. Es zeigt eine Person in einem mit „FCK AfD“ bedruckten T-Shirt, die versucht, Stimmen der AfD-Wähler:innen zu stehlen und sie den Grünen zu geben – und nach der

angeblichen Aufdeckung durch Wahlbeobachter:innen von der Polizei verhaftet wird. Das Video wurde bis November 2021 46.400 Mal auf Facebook und 117.900 Mal auf YouTube aufgerufen.

Andere Bemühungen um die Mobilisierung von Wahlbeobachter:innen gingen von neuen Kleinstparteien wie „dieBasis“ oder „Bürger für Deutschland“ aus, die ihre Wahlprogramme auf die Opposition gegen staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie ausrichteten. Diese Parteien und ihre Vertreter:innen riefen in Gruppen von Covid-19-Skeptiker:innen auf Facebook und Telegram zur Wahlbeobachtung auf. Mitglieder dieser Gruppen begründeten ihren Aufruf mit allgemeinem Misstrauen gegenüber dem „System“ aus etablierten politischen Parteien und Mainstream-Medien.

Wahlbeobachtung durch die Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Teil des demokratischen Prozesses. Einige der zur Online-Mobilisierung und -Koordination von Wahlbeobachter:innen aufrufenden Gruppen und Kanäle verbreiteten jedoch Desinformationen über das Wahlverfahren oder Hass gegen Migrant:innen. Die Organisation „Ein Prozent“, die auf Facebook und Instagram gesperrt ist¹⁸, veröffentlichte in den Wochen vor der Wahl auf ihrem Telegram-Kanal sowohl Aufrufe zur Wahlbeobachtung als auch gegen Migrant:innen gerichtete Inhalte – insbesondere im Zusammenhang mit der Afghanistan-Krise.

Telegram hostete auch weitere Inhalte, die das Vertrauen in den Wahlprozess untergraben und zur Wahlbeobachtung motivieren sollten. Ein Beispiel dafür ist ein öffentlicher Telegram-Chat zur Wahlbeobachtung, der mittlerweile bereits mehr als 2.800 Mitglieder zählt (Stand: 24.01.2022). Er wurde ursprünglich als Gruppe für die Koordinierung von „Abendspaziergängen“ als eine Form des Protests gegen die von der Regierung verhängten Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie eingerichtet und zeichnete sich durch Verschwörungserzählungen und irreführende Behauptungen über die Pandemie aus. In den Monaten vor der Wahl wurden der Name und die Beschreibung der Gruppe so abgeändert, dass sie auf einen neutralen Raum für die Koordinierung der Beobachter:innen der Bundestagswahl hindeuteten. Im Chat wurden jedoch im Vorfeld der Wahl, am Wahltag selbst und an den folgenden Tagen falsche

Informationen über Wahlprozesse verbreitet. So teilten die Nutzer:innen beispielsweise pseudo-wissenschaftliche¹⁹ Artikel, denen zufolge es in Deutschland regelmäßig zu Wahlfälschungen kommt²⁰. Im Gruppenchat wurden außerdem Videos der Verschwörungs-Influencerin Miriam Hope geteilt, in denen allgemeine Behauptungen über „Wahlbetrug“ aufgestellt wurden (s. Screenshots). Nach der Wahl wurde der Name des Chats geändert. Seit November 2021 konzentrieren sich die Inhalte der Gruppe wieder auf die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie.

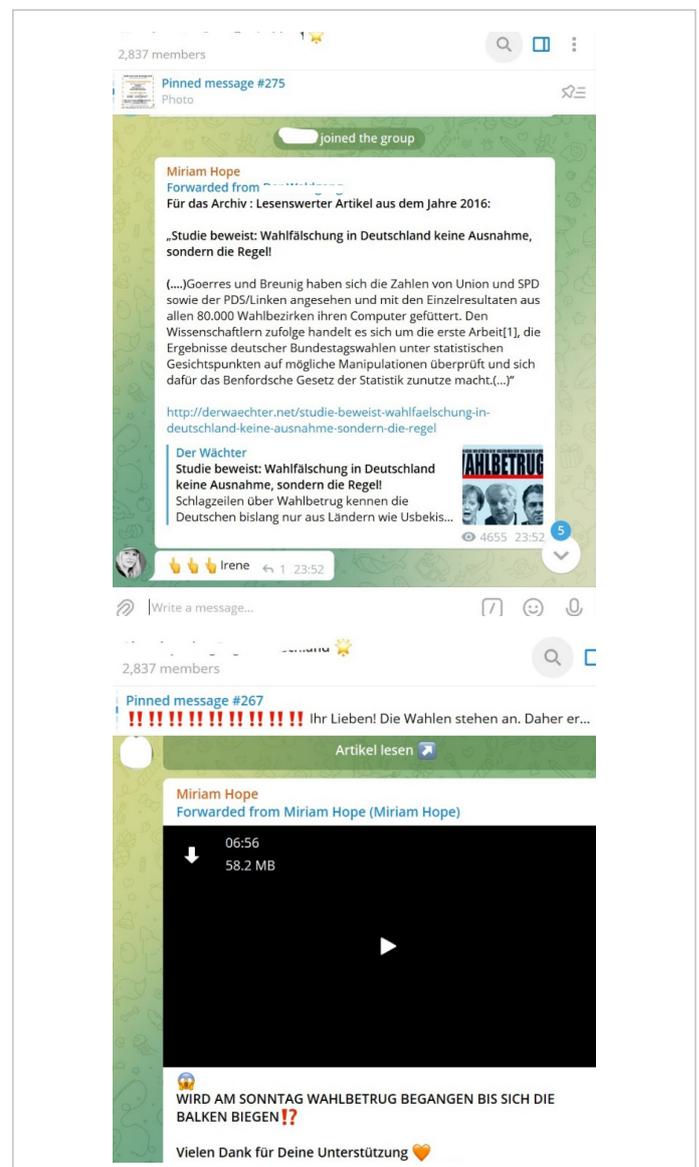


Abbildung 3 Screenshots eines Gruppenchats auf Telegram.

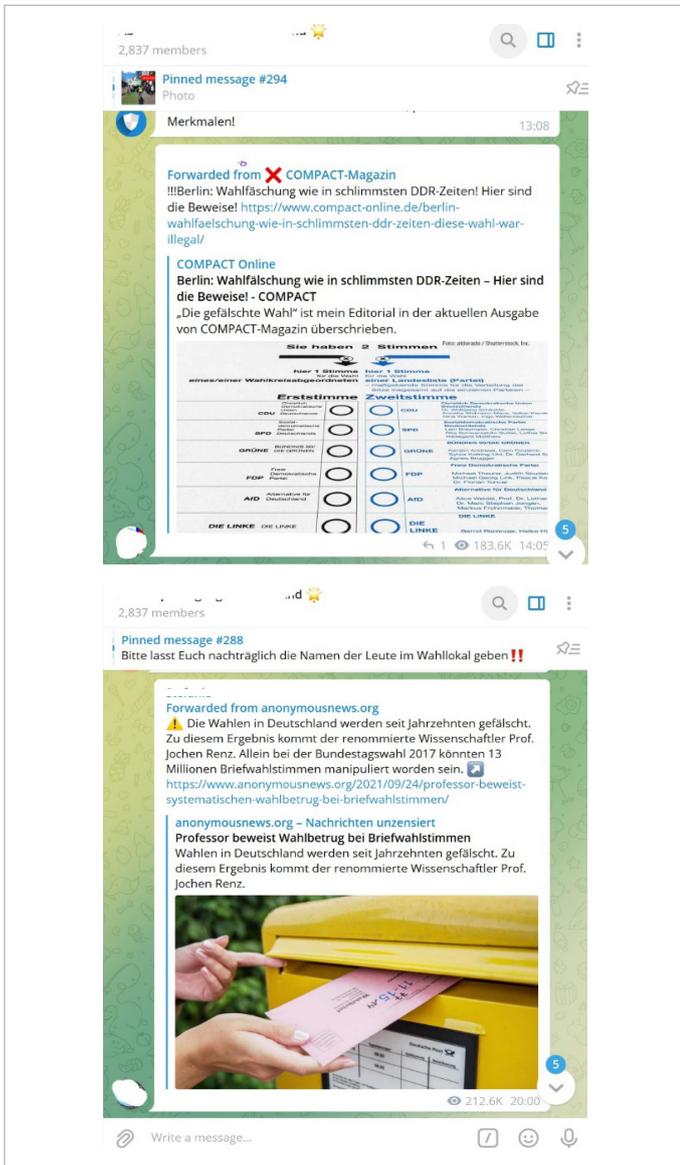


Abbildung 3 Screenshots eines Gruppenchats auf Telegram.

Falsche und irreführende Behauptungen rund um die Briefwahl

Seit Beginn der Covid-19-Pandemie haben sich Wahlbehörden auf der ganzen Welt für eine Ausweitung des Briefwahlsystems entschieden als eine Möglichkeit zur Minderung des Infektionsrisikos während der Stimmabgabe. In Deutschland, wie auch in den USA während der Präsidentschaftswahlen 2020, wurde dies von manipulierten, unbegründeten und sachlich falschen Behauptungen über Wahlbetrug unterminiert, die sich insbesondere auf die Abläufe bei der Briefwahl konzentrierten.²¹

In den Monaten vor der Bundestagswahl 2021 führte die AfD eine Kampagne gegen die Briefwahl durch, die unter anderem Online-Werbearbeiten und regelmäßige Beiträge auf ihren offiziellen Social-Media-Accounts auf Facebook, Twitter und Instagram umfasste. Die Sprache in bezahlten Anzeigen war sorgfältig gewählt, um keine offenkundig falschen Behauptungen zu verbreiten. Einige AfD-Politiker:innen riefen hingegen in ihren eigenen Postings zur persönlichen Stimmabgabe auf, um „Betrug zu verhindern“ oder verwendeten das Hashtag #Wahlbetrug. Andere Beiträge enthielten die unbegründete Behauptung, dass die Briefwahl nicht wegen der Pandemie genutzt werde, sondern Teil eines vermeintlichen Regierungsbetrugs sei. Diese Beiträge waren oft subtil formuliert, wie z.B.: „Je tiefer die Regierung in den Umfragen fällt, desto mehr Menschen nutzen die Briefwahl“ (von der AfD Jerichower Land auf Facebook veröffentlicht). Über die Social-Media-Accounts der AfD wurden ebenfalls Behauptungen aufgestellt und veröffentlicht, nach denen die Briefwahl „unorganisiert“, „manipulierbar“, „intransparent“ und „unsicher“ sei (Beitrag „Sechs Gründe, die gegen die Briefwahl sprechen“, der von verschiedenen AfD-Seiten auf Facebook und Instagram veröffentlicht wurde). Diese Mischung aus meinungsbasierten Behauptungen über die Integrität der Briefwahl und irreführenden sowie unbegründeten Informationen zu den Wahlprozessen ergibt ein komplexes Desinformationsbild und trägt dazu bei, das Vertrauen in die Sicherheit der Wahl zu untergraben.



Abbildung 4 Screenshot eines Facebook-Posts von der Seite „Alternative für Deutschland NRW · AfD NRW“ vom 30. August 2021.

Irreführende Behauptungen zu Unregelmäßigkeiten

Während des Bundestagswahlkampfes und am Wahltag selbst wurden Einzelfälle von Irrtümern und Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe genutzt, um falsche Behauptungen über einen angeblich groß angelegten und „gezielten“ Wahlbetrug zu untermauern. Dabei handelte es sich um Malinformationen - wahrheitsgemäße Inhalte, die mit Schadensabsicht verbreitet und häufig aus ihrem Kontext gerissen werden.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunksender ARD veröffentlichte am Freitag vor der Bundestagswahl im Rahmen eines technischen Tests aus Versehen online fiktive Hochrechnungen. Dies wurde von Mitgliedern verschiedener Gruppen auf Facebook sowie einigen rechten Politiker:innen und bekannten Persönlichkeiten²² als Beweis gezielter Manipulation interpretiert. Die Diskussion über diesen Vorfall spiegelte sich in der Popularität des Hashtags #Wahlbetrug wider, der am Vorabend der Bundestagswahl auf dem deutschsprachigen Twitter 9.652 Mal verwendet wurde. Auf Facebook ist der vermeintliche Vorfall unter anderem wie folgt kommentiert worden: „Dieses Regime von korrupten Vollidioten schafft es noch nicht mal, den inszenierten Wahlbetrug zu vertuschen!“ (veröffentlicht von Markus Motschmann, AfD-Landtags-Kandidat in Sachsen-Anhalt).



Abbildung 5 Screenshot eines Facebook-Posts von der Seite „Dr. med. Markus Motschmann“ vom 25. September 2021.

In Göttingen fehlte die AfD aufgrund eines Versehens auf den Auszählungslisten.²³ Twitter-Nutzer:innen stellten dies als gezielten Versuch der Wahlmanipulation zu Ungunsten der AfD dar - auch, als der Fehler bereits korrigiert und die fehlerhaften Listen ausgetauscht worden waren. Am Wahltag war der Link zu einem Artikel über den Vorfall, die am häufigsten geteilte URL in Twitter-Beiträgen, die den Begriff „Wahlbetrug“ enthielten (695 Tweets).

Gravierende Unregelmäßigkeiten²⁴ in Berlin wurden am Wahltag und den darauffolgenden Tagen vielfach diskutiert. Der Bundeswahlleiter hatte in deren Folge beim Bundestag Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahlergebnisse in sechs Berliner Wahlkreisen eingelegt und „möglichst frühzeitig umfassende Maßnahmen zur Vermeidung von Wahlfehlern in der Zukunft“²⁵ gefordert. Zu diesen Unregelmäßigkeiten gehörte unter anderem, dass Wähler:innen auch nach der offiziellen Schließung der Wahllokale um 18:00 Uhr noch vor dem Wahllokal anstehen mussten und Minderjährige in mehreren Fällen Zugang zu Stimmzetteln hatten. Die Diskussion dieser Vorfälle in den sozialen Medien enthielt eine viel berechtigte Kritik und Sorge. Mitglieder der Online-Communities von Covid-19-Skeptiker:innen prangerten diese Fehler jedoch mehrfach als vorsätzliche Betrugsversuche an. Das Chaos in Berlin wurde in einem Blogbeitrag von „Ein Prozent“ nach der Wahl ausdrücklich erwähnt, um zu untermauern, dass das Wahlsystem in Deutschland insgesamt anfällig für Manipulationen sei und das Vertrauen in die Wahl untergraben worden sei.²⁶

Falsche Behauptungen zum Wahlverfahren

Während des Wahlkampfes sowie am Wahltag selbst verbreiteten Anhänger:innen von Verschwörungsideologien und Covid-19-Skeptiker:innen auf Telegram und Facebook sowie einzelne Nutzer:innen auf VK und Twitter falsche Behauptungen über die Wahlverfahren, darunter folgende falsche²⁷, bzw. undifferenzierte Behauptungen: a) Stimmzettel mit einer abgeschnittenen oder einer gelochten Ecke seien ungültig; b) Ausweise in Wahllokalen sollten kontrolliert werden und wenn dies nicht geschehe, deute dies auf Wahlbetrug hin (in Wirklichkeit genügt bei der Bundestagswahl in der Regel die Vorlage der Wahlbenachrichtigung²⁸); c) Wahlurnen in Wahllokalen müssten versiegelt sein (in Wirklichkeit müssen sie

nur verschlossen sein²⁹); d) es sei einfach, die Wahl durch das Öffnen von Wahlurnen zu manipulieren; e) „Wahlbetrugssoftware“ oder das Dominion-Wahlsystem würden in Deutschland verwendet. Darüber hinaus teilten Communities deutscher QAnon-Anhänger:innen und „Reichsbürger“, falsche Behauptungen auf Facebook und Telegram, denen zufolge Wahlen in Deutschland seit 1956 illegal seien.³⁰ Reichsbürger rechtfertigen diese falsche Behauptung damit, dass aus ihrer Sicht Deutschland kein souveräner Staat und immer noch von US-Truppen besetzt sei.

Konsequenzen der Desinformationen über die Integrität der Wahl

Die Online-Verbreitung von Desinformationen über die Integrität der Wahl in Deutschland war im Großen und Ganzen auf verschwörungsideologische und rechtsextreme Kreise, Covid-19-Skeptiker:innen und Gruppen von AfD-Unterstützer:innen beschränkt. Mehrere kulturelle Faktoren wie ein stärkeres Vertrauen in die Medien und ein Mehrparteiensystem, das weniger anfällig für Polarisierung ist, haben vermutlich dazu beigetragen, dass das deutsche Online-Publikum weitgehend resistent gegen digitale Manipulation geblieben ist. Die konstante Wiederholung dieser Narrative innerhalb von Gruppen, die die staatlichen

Institutionen in Deutschland delegitimieren wollen, sollte jedoch keinesfalls ignoriert werden: Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Journalismus müssen die Nutzung von Desinformation über Wahlen und Stimmabgaben in diesen Communities weiter beobachten. Es sollte sichergestellt werden, dass diese Einlassungen in der Zukunft kein größeres Publikum finden. Die verantwortlichen Akteur:innen teilen häufig parallel auch antisemitische Verschwörungsmymen und Desinformationen über die Covid-19-Pandemie. Die Schnittmenge aus politischer und gesundheitsbezogener Desinformation und Verschwörungserzählungen³¹ muss weiterhin ein besonderes Forschungsanliegen bleiben, um eine Grundlage für angemessene Gegenmaßnahmen zu schaffen.

Die wiederholte Verbreitung falscher Behauptungen kann sich durchaus langfristig auf die Haltung der in diesen Gruppen befindlichen Personen gegenüber demokratischen Prozessen und Institutionen auswirken und zur Verfestigung der Demokratieskepsis bis hin zur Demokratiefeindschaft führen. Dieselben Narrative und Taktiken werden wahrscheinlich im Vorfeld künftiger Wahlen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene erneut auftauchen.

Online-Hass und digitale Gewalt

Sieben Monate vor der Bundestagswahl 2021 warnte Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), vor dem Anstieg der Hasskriminalität in Deutschland zum Nachteil von Politiker:innen, Journalist:innen und Personen, die für die Allgemeinheit arbeiten³². Obwohl Deutschland in den vergangenen Jahren seinen juristischen Werkzeugkasten für die Bekämpfung der Hasskriminalität aufgerüstet hat³³, wurden politische Kandidat:innen weiter zum Ziel von Hasskampagnen.

Zusätzlich zum persönlichen Leid der Betroffenen, sind hasserfüllte, rassistische oder sexistische Kommentare, manipulierte Bilder und Narrative, die die Integrität der Wahlen durch falsche Behauptungen in Frage stellen, dem gleichberechtigten Zugang zu demokratischen Prozessen und Beteiligungsmöglichkeiten abträglich. Gezielte Beleidigungskampagnen verzerren das öffentliche Bild der Betroffenen und können den Erfolg politischer Kampagnen beeinflussen. Geschlechtsspezifischer Hass und Falschinformationen fördern Frauenfeindlichkeit in der Gesellschaft und wirken sich negativ auf die Bereitschaft von Frauen aus, sich am politischen Diskurs zu beteiligen. Der Einsatz von Gruppenhass als Mobilisierungsinstrument im Vorfeld von Wahlen trägt zur Polarisierung der Gesellschaft bei und schürt im Extremfall die Gewalt gegen Politiker:innen und marginalisierte Gruppen.

Mobilisierung in Gruppen von Covid-19-Skeptiker:innen zur Störung von Wahlkampfveranstaltungen

Die Beleidigung von Politikern im Internet ist in Deutschland kein neues Phänomen. Frühere ISD-Recherchen haben die koordinierten Bemühungen aus den Reihen des internationalen Rechtsextremismus aufgezeigt, Hass zu verbreiten. ISD-Studien zur Landtagswahl in Bayern 2018 und zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019 zeigten, wie deutsche Politiker:innen und Aktivist:innen getrollt wurden³⁴. Die Covid-19-Pandemie hat zudem Spannungen in der Gesellschaft offenbart, und in einigen Fällen verschärft. Radikalisierungsbestrebungen fielen auf einen fruchtbaren Boden. In Deutschland erklärte das BfV im April 2021, dass es begonnen hatte, Teile der Anti-Lockdown-Bewegung „Querdenker“ zu beobachten, und verwies dabei auf deren Verbindungen

zu rechtsextremen und „Reichsbürger“-Gruppen sowie auf Eskalationen bei Protesten.³⁵ In diesen größtenteils online existierenden Communities werden verbale Aggressionen und Hass gegen Staatsvertreter:innen, Politiker:innen und Journalist:innen als gerechtfertigte Angriffe auf eine angeblich undemokratische, korrupte „Elite“ dargestellt und dienen innerhalb der Gruppierungen als identitätsstiftendes Element.

In diesem sozialen Klima kam es neben digitaler Gewalt und Hasskampagnen in zahlreichen Fällen zu Gewalttaten im realen Leben, obwohl es mitunter schwierig ist, einen kausalen Zusammenhang zwischen Online-Hass und -Mobilisierung und bestimmten Vorfällen in der analogen Welt herzustellen. Während des Wahlkampfs 2021 registrierten die deutschen Behörden mehr als 4.200 Fälle von Straftaten im Zusammenhang mit Wahlkampfveranstaltungen und -aktivitäten, darunter Angriffe auf Wahlkämpfer:innen, Bedrohungen, Beleidigungen und Sachbeschädigungen³⁶. Mit einem Anstieg von 15 Prozent im Vorjahresvergleich kam es somit zu einer signifikanten Zunahme derartiger Vorfälle (im Wahlkampf 2017 wurden 3.660 Straftaten gezählt³⁷).

Veranstaltungen der größten politischen Parteien wurden regelmäßig von Covid-19-Skeptiker:innen und rechtsextremen Gruppen angegriffen³⁸. Dies war insbesondere bei Veranstaltungen mit prominenten Politiker:innen wie Jens Spahn (CDU)³⁹, dem ehemaligen Gesundheitsminister, und Annalena Baerbock, der Spitzenkandidatin der Grünen,⁴⁰ der Fall. In den Wochen vor der Wahl verzeichnete ISD Germany immer wieder Aufrufe zur Offline-Mobilisierung in den Online-Communities von Covid-19-Skeptiker:innen, rechtsextremen Gruppen und ihren Anhänger:innen. Die Aufforderungen konzentrierten sich auf die Störung von Wahlkampfveranstaltungen von „Mainstream“-Politiker:innen. Die genauen Zeiten und Orte der Veranstaltungen wurden in Facebook-Gruppen regelmäßig geteilt. Obwohl Aufrufe zu politischen Protesten natürlich legitim sind und bleiben müssen, war das besorgniserregende Element dieser Aufrufe zur Störung von Kundgebungen, dass sie oft online von Hass, Aufrufen zur Gewalt, Verleumdungen und Beleidigungen gegen Politiker:innen in den Kommentaren begleitet wurden.

Die folgenden Bilder zeigen Beispiele für die Mobilisierung in einer der bei Covid-19-Skeptiker:innen beliebten Facebook-Gruppe zur Teilnahme an einer Wahlkampfveranstaltung von Jens Spahn in Lahr, Baden-Württemberg. In Kommentaren teilten Nutzer:innen homophobe Beleidigungen und regten dazu an, Spahn tötlich anzugreifen.

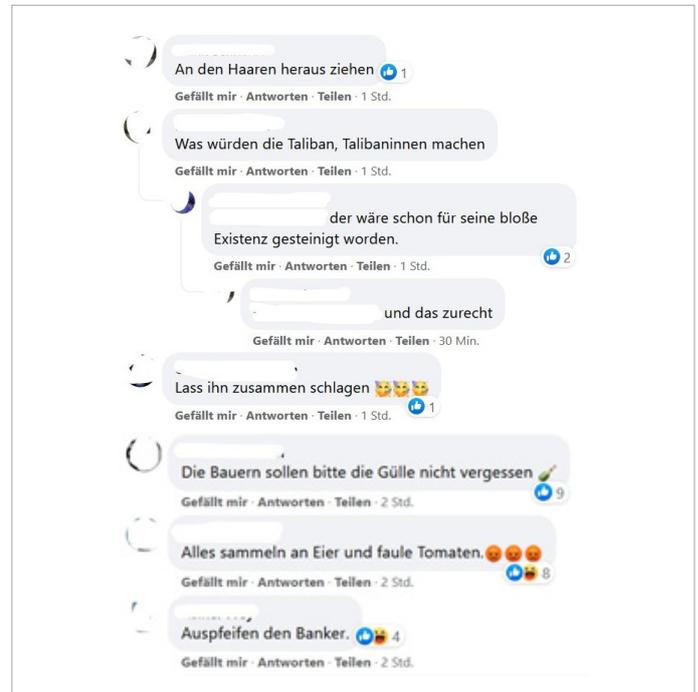


Abbildung 6 Screenshot von Kommentaren in einer Gruppe von Covid-19-Skeptiker:innen bei Facebook

Gegen prominente Politiker:innen gerichteter Hass und Desinformationen

Der Wahlkampf 2021 wurde von Online-Aktivitäten zur Diffamierung und Belästigung der Spitzenkandidat:innen der größten politischen Parteien begleitet. Eine Reihe von Online-Akteur:innen – von Anhänger:innen der Oppositionsparteien bis hin zu extremistischen Akteur:innen und deren Anhänger:innen – nahmen Armin Laschet (CDU/CSU), Olaf Scholz (SPD) und Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) ins Visier. Diese digitalen Angriffe umfassten nicht nur verbale Beleidigungen und Hassreden, sondern auch Verschwörungserzählungen und Desinformationen.⁴¹

Die Analyse von ISD Germany der populärsten Beiträge über Laschet, Scholz und Baerbock auf Facebook und in rechtsextremen und verschwörungsideologischen Telegram-Gruppen- und -Chats ergab, dass alle drei Spitzenpolitiker als Teil einer Verschwörung der Eliten dargestellt wurden, insbesondere im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie. Eine Untersuchung der Verwendung der Verschwörungserzählung „Great

Baerbock hat eine starke Rückendeckung...Soros...Falls ihr denkt dass Wahlen fair sind...



Abbildung 7 Screenshots von Facebook-Posts über Baerbock und Soros, die während der Wahlkampagne veröffentlicht wurden.

Vor allem zu Beginn ihrer Kampagne wurde Baerbock aktiv mit Desinformationen angegriffen. Es wurden Behauptungen verbreitet, sie wolle Haustiere verbieten, um das Klima zu schützen, die Witwenrente abschaffen, um Migrant:innen zu helfen, oder Sex mit Kindern legalisieren. Manipulierte Bilder von Baerbock, die sie angeblich nackt zeigten, wurden auf Telegram veröffentlicht und verbreiteten sich auf weiteren Plattformen. Diese Behauptungen blieben nicht auf kleine und geschlossene Online-Communities beschränkt, sondern erreichten ein breites Publikum. Falschinformationen und Verschwörungserzählungen waren leicht zugänglich, und das nicht nur in den „dunklen“ Winkeln des Internets. Von den 100 meistgeteilten Facebook-Beiträgen über Baerbock, die von öffentlichen Seiten und Gruppen zwischen Februar und Juli 2021 veröffentlicht wurden, enthielten 18 Beiträge falsche Informationen oder Verschwörungsnarrative.⁴⁶

Auch Armin Laschet wurde während des Wahlkampfes zu einem prominenten Ziel von Hass und Desinformation im Internet. Nach Recherchen der gemeinnützigen Organisation HateAid wurde der CDU-Spitzenkandidat

zwischen dem 07. August 2021 und dem 07. September 2021 in 27.476 Tweets mit potenziell beleidigenden Äußerungen erwähnt. Dies war in absoluten Zahlen die größte Anzahl von Hass-Posts im Vergleich zu allen anderen Kandidat:innen.⁴⁷ Laschet wurde auch mit Desinformationen angegriffen. Während der Überschwemmungen im Westen Deutschlands registrierte ISD Germany Falschbehauptungen, nach denen die von der „Aktion Lichtblicke“ für die Flutopfer gesammelten Gelder angeblich für den Wahlkampf des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten verwendet werden würden.⁴⁸ Diese Behauptungen stammten ursprünglich aus dem Telegram-Kanal eines Covid-19-Skeptikers, verbreiteten sich aber schnell auf Facebook und Twitter. Dies zeigt, wie wichtig und zugleich anspruchsvoll es ist, zeitnah plattformübergreifend laufende Desinformationskampagnen zu erkennen und darauf zu reagieren.

Telegram spielte während des Wahlkampfes eine zentrale Rolle in der kontinuierlichen Verbreitung von potenziell rechtswidrigen Inhalten wie Drohungen, Beleidigungen, Verleumdungen und homophober oder antisemitischer Hetze. Wie die Studie von ISD Germany über die gegen die Spitzenkandidat:innen gerichtete digitale Gewalt zeigt, ist Telegram ein sicherer Hafen für Akteur:innen, die hasserfüllte Inhalte, einschließlich Gewaltaufrufe, verbreiten. Die langjährigen Untersuchungen des ISD zu Telegram⁴⁹ deuten darauf hin, dass die Plattform entsprechende Beiträge nicht oder kaum moderiert. Bei der Bundestagswahl 2021 wurde Telegram auch verwendet, um Nutzer:innen für koordiniertes Trolling und hasserfülltes Verhalten auf anderen Plattformen zu mobilisieren. ISD Germany registrierte zum Beispiel einen Fall, in dem Nutzer:innen eines rechtsextremen Kanals auf Telegram dazu aufgefordert wurden, auf Instagram Hasskommentare über Laschet zu schreiben.

Digitale Gewalt gegen Kandidat:innen: Twitteranalyse

Um die Bedrohung durch digitale Gewalt zu verstehen, mit der weniger bekannte politische Kandidat:innen während Wahlen konfrontiert wurden, untersuchte ISD Germany Hassrede und digitale Hetze auf Twitter, der 40 Kandidat:innen während des Höhepunkts der Wahlkampfperiode (01. August 2021-27. September

2021) ausgesetzt waren. Die Analyse konzentrierte sich auf weniger bekannte Politiker:innen der SPD, CDU, Grünen, AfD und kleinerer Parteien – insbesondere auf Frauen, LGBTQ-Kandidat:innen, und People of Color. Auf der Basis der vorhandenen Literatur⁵⁰ über Hassrede gegen Politiker:innen im Internet wurde versucht, die spezifischen Erfahrungen von weiblichen und transsexuellen Kandidat:innen, nicht-heterosexuellen Kandidat:innen und Kandidat:innen mit diversem ethnischen Hintergrund zu verstehen. Von den 40 ausgewählten politischen Kandidat:innen waren 34 Cis-Frauen, fünf Männer und eine Transfrau. In der Stichprobe befanden sich zwei offen homosexuelle Kandidaten und 16 Personen mit komplexen kulturellen Identitäten.

Für den Zeitraum vom 01.08.2021-27.09.2021 wurden die Tweets mit den Benutzernamen dieser Kandidat:innen erhoben. Die gesammelten Daten wurden mit einem Klassifikator für natürliche Sprache analysiert, der fürs Erkennen missbräuchlicher Sprache entwickelt wurde.⁵¹ Beim Training des Klassifizierungsmodells definierten die Forschenden missbräuchliche Sprache als Aussagen, die eine beleidigende, anstößige, erniedrigende oder diskriminierende Bedeutung haben. Dazu gehören verschiedene identitätsbezogene Beleidigungen wie Rassismus, Sexismus oder Transsexismus, allgemeine Beleidigungen, die die Intelligenz oder körperliche Merkmale herabsetzen, sowie Schimpfwörter. Das Klassifizierungsmodell erreichte eine Genauigkeit von 72 Prozent und eine Trefferquote von 83 Prozent. Anschließend wurden verschiedene Arten von Beleidigungen mit Schlüsselwortlisten ermittelt. Bei der Bewertung der Ergebnisse dieser Analyse sollten die für automatisierte Methoden zur Erkennung von Hassrede⁵² typischen Einschränkungen berücksichtigt werden, die sich aus der sich verändernden Natur von Beschimpfungen, der Verwendung von Humor und Ironie oder der Berücksichtigung des Kontexts ergeben.

Die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung:

- Im untersuchten Zeitraum fand ISD Germany unter den insgesamt 255.612 erfassten Tweets 3.147 potenziell missbräuchliche Tweets. Dies entspricht 1,2 Prozent aller Tweets, die an die ausgewählten Kandidat:innen gerichtet waren.
- Die häufigste Form der Beleidigung stellte die Intelligenz des/der Kandidat:in in Frage (692 Mal). Auf dem zweiten Platz lagen Beleidigungen, in denen die Kandidat:innen mit Tieren verglichen wurden (343 Mal), gefolgt von gegen das Selbstwertgefühl gerichtete Beleidigungen (110 Mal), rassistischen Beleidigungen (70 Mal) und sexistischen Beleidigungen (36 Mal).
- Innerhalb des Beobachtungszeitraums wurden drei Höhepunkte mit der größten Anzahl von beleidigenden Äußerungen festgestellt, die alle im September 2021 auftraten. Die Höhepunkte fielen mit den Zeitpunkten zusammen, in denen die Kandidat:innen viel Aufmerksamkeit auf sich zogen, so auch am Wahltag.

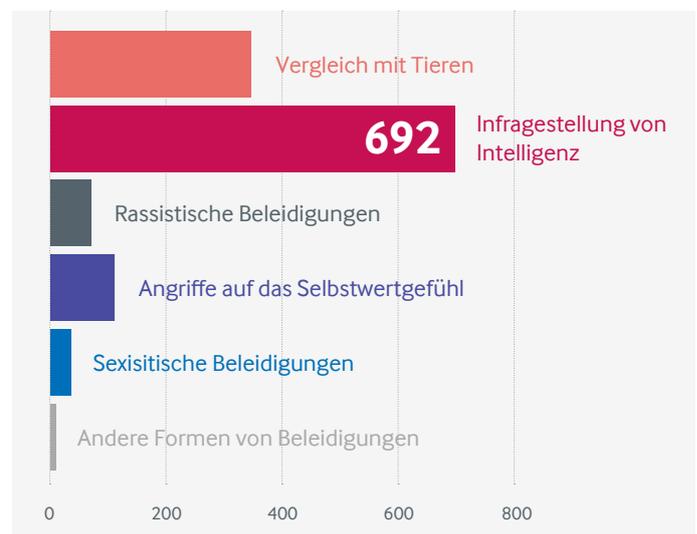


Abbildung 8 Formen der Beleidigungen auf Twitter.

Fallstudie: Hetze gegen Politiker:innen im Zusammenhang mit der Afghanistan-Debatte

Die Diskussion nach dem Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan und der Übernahme Kabuls durch die Taliban am 15. August 2021 wurde in Deutschland von migrationsfeindlichen Äußerungen auf Social-Media-Plattformen begleitet. Vorherige ISD-Analysen zeigten bereits, dass Social-Media-Seiten der AfD, der NPD und rechtsextremer Gruppen Des- und Falschinformationen sowie dekontextualisierte Schlagzeilen und Medienberichte über Afghanistan verbreiten, um Hass gegen Migrant:innen und Angst vor einer nächsten „Migrationswelle“ zu schüren und ihre Wählerschaft zu mobilisieren.⁵³

Rechtspopulistische Akteur:innen nutzten die Afghanistan-Krise jedoch nicht nur, um Hass gegen Geflüchtete in Deutschland zu verbreiten. Sie nahmen auch Politiker:innen ins Visier, die sich offen für die Unterstützung afghanischer Asylbewerber:innen eingesetzt hatten.

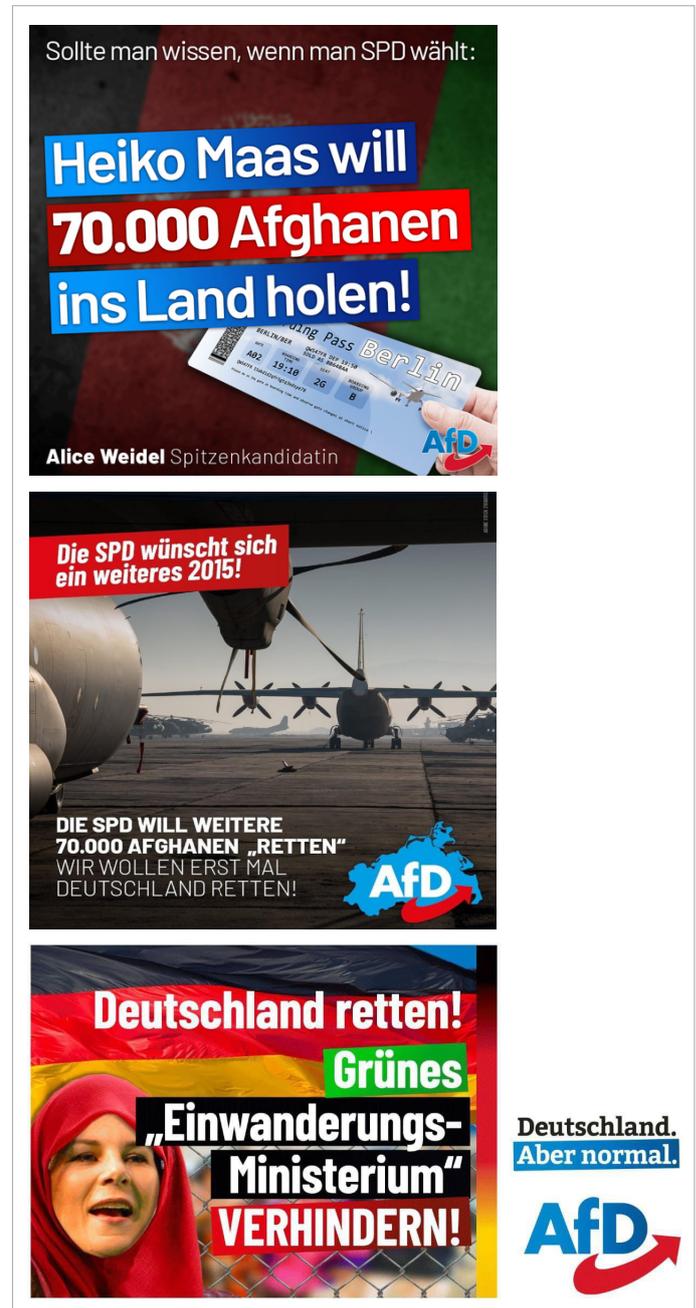


Abbildung 9 Screenshots von Facebook-Posts zur Afghanistan-Krise.

Facebook-Posts der AfD-Politiker:innen Alice Weidel⁵⁴ (über 22.000 Interaktionen und 6.000 Shares, Stand: 06. Dezember 2021) und Jörg Meuthen⁵⁵ (über 2.600 Interaktionen, Stand: 06. Dezember 2021) griffen Politiker:innen an, weil sie die Einreise afghanischer Geflüchteter nach Deutschland unterstützten. Zu den Politikern, die Ziel dieser Angriffe waren, gehörte auch der frühere Außenminister Heiko Maas (SPD), der seine Absicht erklärt hatte, mehr afghanischen Asylbewerber:innen die Aufnahme in Deutschland zu

ermöglichen. Auch Annalena Baerbock wurde von AfD-Politiker:innen in dieser Frage scharf kritisiert. In den Kommentarabschnitten zu Social-Media-Beiträgen, die nicht beleidigend waren, fanden sich hasserfüllte Äußerungen von Nutzer:innen, die sich gegen Heiko Maas und Annalena Baerbock richteten und auf die Verschwörungserzählung des „Großen Austausches“ anspielten, demzufolge die weiße Bevölkerung Europas durch Migrant:innen ersetzt werden sollte (siehe Screenshots unten).



Abbildung 10 Screenshots von Facebook-Kommentaren zu den Beiträgen von Alice Weidel und Jörg Meuthen.

Versuche ausländischer Einflussnahme

Im Vorfeld der Wahl wurde die deutsche Wählerschaft zunehmend für das Risiko einer ausländischen Einmischung in die Wahl sensibilisiert. Laut einer im Juni 2021 von Pollytix durchgeführten Umfrage befürchteten 41 Prozent der wahlberechtigten Internetnutzer:innen, dass sich ausländische Staaten wie Russland oder China in die Wahl einmischen könnten.⁵⁶ Es gab immer mehr Beweise für Cyber-Angriffe gegen deutsche Politiker:innen, Abgeordnete und Mitglieder von Landtagsparlamenten. Diese digitalen Angriffe standen nach Angaben der deutschen Sicherheitsbehörden mit russischen Militärgeheimdiensten in Verbindung. Die Angriffe wurden der Einflussoperation „Ghostwriter“⁵⁷ zugeschrieben. Laut der Cybersicherheitsfirma „Mandiant“ sind die Akteure hinter „Ghostwriter“ mindestens seit 2017 in Polen, Litauen und Lettland an Cyberspionage und Einflussoperationen beteiligt und haben auch Verbindungen zum belarussischen Staat.⁵⁸

Von allen ausländischen staatlichen Akteuren, die potenziell ein Interesse an der Beeinflussung des Ergebnisses der Bundestagswahl 2021 hatten und über entsprechende Ressourcen verfügten, waren russische, staatlich gelenkte Akteure und Medien am aktivsten. Gleichzeitig waren sie am stärksten in die oben beschriebenen Desinformations- und rechtsgerichteten Online-Communities integriert.

Eine Analyse⁵⁹ von Aktivitäten russischer, chinesischer, iranischer und türkischer Staatsmedien in deutscher Sprache auf Social-Media-Plattformen durch die Alliance for Securing Democracy (ASD) ergab, dass Posts russischer Staatsmedien am meisten Interaktionen auf Social-Media-Plattformen erhielten und im Vergleich zu den anderen staatlichen Medien wahlrelevanten Themen die größte Aufmerksamkeit schenken. Sie verfolgten damit weiterhin die übergreifende Strategie, kontroverse innenpolitische Themen zu instrumentalisieren und aufzublähen.⁶⁰

Russlands staatlich geförderte Kanäle: Verstärkung und Mobilisierung

Verstärkung der Berichterstattung über politische Parteien

Die deutschsprachigen Social-Media-Posts russischer Staatsmedien (RT und SNA) über die Spitzenkandidat:innen Armin Laschet (CDU), Olaf Scholz (SPD) und Annalena Baerbock (Bündnis 90/ Die Grünen) waren einer ASD-Analyse zufolge bereits im Frühjahr überproportional negativ gegenüber den Grünen eingestellt.⁶¹ Die russischen Staatsmedien kritisierten alle drei Kandidat:innen durch Hinweise auf verschiedene Skandale und politische Fehlentscheidungen, verunglimpften Baerbock jedoch offen mit einer negativen und oft provokativen Berichterstattung, insbesondere zu Beginn ihrer Kampagne im Juni 2021. Zu den RT DE Schlagzeilen über Baerbock gehörten zum Beispiel „Die Grüne Mogelpackung“⁶² oder „Staatsduma-Abgeordneter Zavalny: Frau Baerbock macht mir Angst“⁶³. Nach der Bundestagswahl veröffentlichte RT DE ein Interview mit dem nationalistischen Vordenker Alexander Dugin, der eine antisemitische Verschwörungserzählung wiederholte, wonach Baerbock eine Vertreterin des Investors George Soros sei.⁶⁴

Im Vergleich zu den Social-Media-Accounts deutscher Medien erwähnten die Accounts russischer staatlicher Medien in sozialen Netzwerken häufiger die Kandidatinnen der Partei Die Linke, Janine Wissler und Sahra Wagenknecht sowie die AfD-Kandidatin Alice Weidel.⁶⁵ RT DE verstärkte die Kritik der AfD an den Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie mit Schlagzeilen wie: „Weidel: ‚Darf nicht sein, dass gesunde Menschen in ihren Grundrechten unnötig eingeschränkt werden‘“;⁶⁶ „Finger weg von unseren Kindern“ – AfD-Spitzenkandidatin kritisiert Corona-Politik der Regierung“⁶⁷ und „AfD: ‚Es darf keinen Lockdown mehr geben‘“.⁶⁸ Die Berichterstattung von RT DE über innenpolitische Themen unterstützte de facto das politische Programm der AfD. Verlinkungen zur Webseite des Senders wurden in den Online-Communities der Parteianhänger:innen häufig geteilt.⁶⁹

Eine Analyse von ISD Germany⁷⁰ der Top-100 am häufigsten aufgerufenen YouTube-Videos, die von RT DE vom 01. März 2021 bis zum 29. Juli 2021 veröffentlicht

wurden, zeigte, dass alle Videos (insgesamt neun) mit Bezug zur Bundestagswahl in Deutschland aus der Liste entweder Bündnis 90/Die Grünen oder ihre Spitzenkandidatin Baerbock kritisierten. Die Videos hatten zum Zeitpunkt der Datenerhebung im Juli 2021 insgesamt über 1,2 Millionen Views.

Mobilisierung von Covid-19-skeptischen Zielgruppen

YouTube löschte die deutschsprachigen Kanäle von Russia Today kurz nach der Wahl am 28. September 2021 mit der Begründung, dass RT DE eine Politik der Covid-19-Falschinformation verfolge. Bevor YouTube die Kanäle entfernte, hatte ISD Germany die 100 RT DE-Videos mit den meisten Aufrufen, die zwischen dem 01. März und dem 29. Juli 2021 veröffentlicht wurden, bereits analysiert.⁷¹ Die Ergebnisse zeigen, wie der von Russland unterstützte Kanal RT DE kontinuierlich versuchte, Online-Communities zu mobilisieren, die über staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie aufgebracht waren. Über YouTube konnte RT DE ein breites Publikum erreichen, bevor es seine mehr als 600.000 Abonnent:innen verlor: 84 der 100 beliebtesten Videos hatten zum Zeitpunkt der Datenerhebung (01.03.2021 – 29.07.2021) über 100.000 Aufrufe. Das beliebteste Video wurde 1,2 Millionen Mal aufgerufen, ehe der Kanal am 28. September 2021 gelöscht wurde. Darin war Dr. Sucharit Bhakdi zu sehen, ein lautstarker Kritiker der Covid-19-Impfungen. Bhakdi kandidierte für die Partei „dieBasis“ und ist auch wegen seiner antisemitischen Äußerungen umstritten.⁷²

Von den 100 meistgeschauten Videos von RT DE enthielten 67 einen Bezug zu Covid-19. Die überwältigende Mehrheit (61 von 67) der Covid-19-bezogenen Videos kritisierte die Covid-19-Maßnahmen in Deutschland, den USA und anderen liberalen Demokratien sowie die „westlichen“ Covid-19-Impfstoffe. Die Videos enthielten oft irreführende oder falsche Behauptungen über Covid-19, meist in Form unbestätigter Aussagen von Personen wie Bhakdi – der von der deutschen akademischen Gemeinschaft,

einschließlich seines früheren Arbeitgebers (Universität Kiel)⁷³ wegen seiner Aussagen über die Pandemie öffentlich kritisiert wurde – oder Byram Bridle – einem kanadischen Professor, der fälschlicherweise behauptete, dass die von den Covid-19-Impfstoffen produzierten Spike-Proteine „toxisch“ seien.⁷⁴

Die Berichterstattung von RT DE über die Covid-19-Pandemie ist in den bei der „Querdenker“-Bewegung beliebten deutschsprachigen Online-Communities äußerst populär. Facebook-Gruppen von Covid-19- und Impfskeptiker:innen, Anhänger:innen von Verschwörungsmutten und Extremist:innen teilten vermehrt Links von RT DE während des Wahlkampfs. Auch auf Telegram enthielten verschwörungsideologische und rechtsextreme Kanäle häufig Links zu RT DE.

Da es RT DE nicht gelungen ist, in Deutschland oder Luxemburg eine Sendelizenz für deutschsprachige Inhalte zu erhalten, ist das Unternehmen vollständig auf Social-Media-Plattformen angewiesen, um sein Publikum zu erreichen. Die Inhalte sind nach wie vor verfügbar und auf Facebook, Twitter und anderen Plattformen erfolgreich. Dies zeigt, wie inkonsequent verschiedene Social-Media-Plattformen auf Desinformationen staatlicher Akteure über die Covid-19-Pandemie reagieren.

Themen rund um die Covid-19-Pandemie gaben RT DE Zugang zu einer relativ großen Gruppe an Covid-19-Skeptiker:innen in Deutschland. So konnte RT DE eine hohe Anzahl von Interaktionen auf Social-Media-Plattformen erreichen, indem es die Stimmen von hauptsächlich einheimischen Akteur:innen verstärkt und Schlagzeilen veröffentlicht hat, die bei der Zielgruppe der Anti-Vaxx-Aktivist:innen auf Resonanz stießen. RT DE wurde in diesen Communities zu einer populären und oft zitierten Nachrichtenquelle. Diese zentrale Position innerhalb von Gruppen mit hohem Radikalisierungspotenzial wird wahrscheinlich ein besorgniserregender Trend bleiben.

Fazit und Ausblick

Wahlen sind ein Mikrokosmos für die von sozialen Medien ausgehende Bedrohungen der Demokratie durch Desinformation, Hass und Extremismus. Das geschärfte Bewusstsein für diese Demokratiegefahren sollte sich in nachhaltigen Schutzmaßnahmen der neuen Regierung, der Zivilgesellschaft und der Social-Media-Plattformen niederschlagen.

Digitaler Hass, Extremismus und Desinformation werden durch Algorithmen übermäßig verstärkt, verbreiten sich über Plattformen in der Gesellschaft und untergraben das Vertrauen der Bürger:innen in demokratische Institutionen und Prozesse. Untätigkeit und Nachlässigkeit seitens der Plattformen und die zu langsame Reaktion der Regierung und der Regulierungsbehörden auf ein zunehmend komplexes Problem haben uns an diesen Punkt gebracht. Es ist jedoch möglich, digitale Räume einzurichten, in denen Bürger:innen an gesellschaftlichen Prozessen teilnehmen können, ohne Angst um ihre Sicherheit oder ihre Würde haben zu müssen und ohne manipuliert zu werden. Auf nationaler und EU-Ebene werden bereits regulatorische bzw. co-regulatorische Ansätze entwickelt, die eine sicherere Online-Erfahrung für die Zukunft versprechen. Diese Bemühungen sind vielversprechend, aber es sind weitere Maßnahmen erforderlich.

Dieser Bericht hat einige der Negativfolgen aufgezeigt, die Desinformation, Falschinformation und Online-Hass für die Integrität von Wahlen und die Demokratie im Allgemeinen darstellen. Glücklicherweise verlief die Bundestagswahl 2021 ohne größere Zwischenfälle und Störungen. Das Ergebnis wurde von der deutlichen Mehrheit der Gesellschaft akzeptiert. Trotz der Pandemie stieg die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2017 leicht an auf 76,6 Prozent.⁷⁵ Das Vertrauen in die Briefwahl war trotz der verbreiteten Falschinformationen hoch: 47,3 Prozent aller Wähler:innen haben davon Gebrauch gemacht – der höchste Anteil an Briefwahlstimmen in der neueren deutschen Geschichte.⁷⁶ Diese positiven Entwicklungen zeigen, dass ein Mehrparteiensystem, ein hohes Maß an Vertrauen in die traditionellen Medien und eine aktive Zivilgesellschaft Faktoren sind, die zur Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft gegen Desinformation über demokratische Prozesse beitragen.

Diese Wahl hat jedoch auch gezeigt, dass die wiederholte Verbreitung von Hass und Desinformationen auf Social-Media-Plattformen eine Gefahr für die Integrität der Demokratie darstellt. Während die Mehrheit der Gesellschaft solchen Bedrohungen gegenüber widerstandsfähig zu sein scheint, müssen die Trends, die die Forschenden des ISD in extremistischen und verschwörungsideologischen Räumen festgestellt haben, weiterhin beobachtet werden. Auch wenn die Zahl der Betroffenen geringer ist, ist das fehlende Vertrauen in demokratische Prozesse und Ergebnisse besorgniserregend. Eine funktionierende Demokratie ist auf einen deliberativen und faktenbasierten öffentlichen Diskurs angewiesen.

Herausforderungen für die neue Regierung

Digitale Gewalt und Hassrede

In den Wochen vor der Bundestagswahl 2021 beobachtete das ISD Germany, dass Extremist:innen, Hass- und Verschwörungsgemeinschaften zu realen Angriffen und Gewalt aufriefen, um Wahlkampfveranstaltungen von „Mainstream“-Politiker:innen zu stören. Der digitale Hass in den Diskussionen über diese Ereignisse wurden bei vielen Gelegenheiten von realen Handlungen begleitet. Diese Angriffe – online wie offline – haben seit der Wahl nicht aufgehört und bedrohen weiterhin die psychische und physische Sicherheit von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Wissenschaftler:innen, Angehörige der Gesundheitsberufe und Vertreter:innen des Staates.

Des- und Falschinformation, öffentliches Vertrauen und sozialer Zusammenhalt

Die neue Regierung wird die Maßnahmen in Verbindung mit der andauernden Covid-19-Pandemie in einer Situation weiterführen müssen, in der ein beträchtlicher Teil der Gesellschaft an Falschinformationen über die öffentliche Gesundheit glaubt, die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung entschieden ablehnt und deren Legitimität in Frage stellt. Die Untersuchungen von ISD Germany haben gezeigt, dass während des Wahlkampfes Online-Communities von Covid-19-Skeptiker:innen falsche und irreführende Behauptungen über die

Wahl aufstellten und propagierten, dass die deutsche Regierung ein „Regime“ sei, das die Wahl „manipulieren“ wolle. Anlässe wie Wahlen und staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie bieten extremistischen Gruppen weiterhin Gelegenheiten für die Anwerbung neuer Mitglieder.

Empfehlungen

Wenn sich rechtswidrige Inhalte und Desinformationen bereits millionenfach verbreitet haben, kann der Schaden für die Integrität von Demokratien kaum noch abgewendet werden. Auf nationaler Ebene gibt es bereits gesetzliche Regelungen, die versuchen, dem entgegenzuwirken. So sieht das Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität die Verpflichtung vor, bestimmte nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) gemeldete Inhalte an das Bundeskriminalamt (BKA) weiterzuleiten. ISD Germany plädiert jedoch dafür, dass noch mehr getan wird.

Eindämmung der Verbreitung rechtswidriger und gefährlicher Inhalte

Die Vorlage für den Digital Services Act (DSA) auf EU-Ebene sieht vor, dass Anbieter sehr großer oder einflussreicher Plattformen verpflichtet werden, die von ihren Systemen ausgehenden Risiken zu prüfen und zu minimieren. ISD Germany setzt sich dafür ein, dass diese Verpflichtungen auf nationaler Ebene ambitioniert umgesetzt und innereuropäisch koordiniert werden. Insbesondere sollten Plattformen dafür verantwortlich gemacht werden können, wenn sie die Verbreitung von rechtswidrigen Inhalten, Desinformationen und anderen Bedrohungen für die Ausübung der Grundrechte – wie z. B. die Gleichstellung der Geschlechter – nicht eindämmen. Grundlage sollten solide Definitionen bilden, die zur wirksamen Risikominderung führen.

Darüber hinaus haben dieser Bericht und andere Untersuchungen gezeigt, dass solche gefährlichen Aktivitäten vor allem auf kleineren, aber in einigen Ländern besonders einflussreichen Plattformen wie Telegram, weit verbreitet sind. Alternative soziale Medien (auch „*dark social media*“ genannt), sollten zur Rechenschaft gezogen werden, um digitale Gewalt und Desinformation zu bekämpfen. Sie sollten auf Anordnung der Aufsichtsbehörden den weitreichenden Sorgfaltspflichten unterworfen werden können, insbesondere im Wahlkontext.

Digitale Gewalt und Hass

Auf politischer Ebene skizziert der Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ die Pläne der neuen Regierungskoalition. Er enthält ehrgeizige Pläne zum Umgang mit Online-Hass und Desinformation. Das umfassende Gesetz gegen digitale Gewalt soll rechtliche Hürden für Betroffene, wie z. B. Lücken im Informationsrecht, abbauen und umfassende Beratungsangebote schaffen. Darüber hinaus fordert die neue Regierungskoalition, dass der DSA sich für die Wahrung der Kommunikationsfreiheiten, starke Nutzerrechte, klare Meldeverfahren, den Zugang zu Daten von sehr großen Plattformen zu Forschungszwecken, die Überprüfbarkeit ihrer algorithmischen Systeme einsetzt.

Dies sollte von der gesamten Bundesregierung unterstützt und weiter konkretisiert werden, wobei die freien Meinungsäußerung stets angemessen berücksichtigt werden sollte. Das Regierungsprogramm ist ein zwar guter Anfang, dennoch sind viele Detailfragen ungeklärt. Ein zweiter retrospektiver Bericht von ISD Germany⁷⁷ fokussiert sich daher konkret auf die Durchsetzung bestehender Regelwerke und stellt dabei detaillierte Empfehlungen auf, die sich auch an Parteien richten.

Endnoten

- 1 Winter, Hannah; Gerster, Lea; Helmer, Joschua; Baaken, Till: „Überdosis Desinformation: Die Vertrauenskrise – Impfskepsis und Impfgegnerschaft in der COVID-19-Pandemie“. Institute for Strategic Dialogue, 2021. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/uberdosis-desinformation-die-vertrauenskrise-impfskepsis-und-impfgegnerschaft-in-der-covid-19-pandemie/>
- 2 Bundesamt für Verfassungsschutz: „Neuer Phänomenbereich ‘Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates‘“. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2021/2021-04-29-querdenker.html>
- 3 Verfassungsschutzbericht 2020. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, June 2021. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/2021/verfassungsschutzbericht-2020.pdf>
- 4 Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz vom 06.09.2021. https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz/2480282#content_4
- 5 Beam (früher Method52) ist eine Software-Plattform, die vom Center for Analysis of Social Media (CASM) und der Universität Sussex entwickelt wurde. Sie ermöglicht Datensammlung von öffentlichen Social-Media-Posts und automatisierte Textanalyse, unter anderem mit algorithmischen Ansätzen und maschinellem Lernen.
- 6 Schinkels, Pauline; Schwarz, Karolin: „Wer hat Angst vorm Wahlbetrug?“. Correctiv, 22 September 2017.
- 7 Verfassungsschutzbericht 2020. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, June 2021. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/2021/verfassungsschutzbericht-2020.pdf>
- 8 Nimmo, Ben: „Bundestagswahl: Russisches Botnet verbreitet rechtsextreme Tweets“. Correctiv, 22 September 2017. <https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2017/09/22/bundestagswahl-russisches-botnet-verbreitet-rechtsextreme-tweets/>
- 9 Lauer, Stefan: „Wie eine rechtsradikale NGO das Vertrauen in die Demokratie untergräbt“, Belltower.News, 30 August 2019. <https://www.belltower.news/landtagswahlen-wie-eine-rechtsradikale-ngo-das-vertrauen-in-die-demokratie-untergraebt-90493/>
- 10 Eckert, Till: „„AfD-Stimmen mussten weg? Keine Belege für angeblichen Wahlbetrug in Welden“. Correctiv, 26 May 2019. <https://correctiv.org/faktencheck/europa/2019/05/26/afd-stimmen-mussten-weg-keine-belege-fuer-angeblichen-wahlbetrug-in-welden/>
- 11 Mathelemuse, Nora; Smirnova, Julia: „Desinformationskampagnen gegen die Wahl: Befunde aus Sachsen-Anhalt“. Institute for Strategic Dialogue, 2021. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/desinformationskampagnen-gegen-die-wahl-befunde-aus-sachsen-anhalt/>
- 12 Ebd.
- 13 Pollytix: „Desinformation in Sozialen Medien“. Reset, 19. Juli 2021. https://public.reset.tech/documents/210811_Reset_pollytix_Desinformation.pdf
- 14 Rafael, Simone; Titz, Una: „Die Welt der Wahlbetrugsnarrative“. Belltower News, 25. Juni 2021. <https://www.belltower.news/verschoerungserzaehlungen-im-wahlkampf-die-welt-der-wahlbetrug-narrative-117781/>
- 15 Die zur Datenerfassung verwendeten Schlüsselwörter waren: Wahlbetrug, Wahlfälschung, Wahlmanipulation, Briefwahlbetrug
- 16 Joachim, Jens: „Unregelmäßigkeiten bei Wahlen in Rüsselsheim und Raunheim“. Frankfurter Rundschau, 25. März 2021. <https://www.fr.de/rhein-main/kreis-gross-gerau/ruesselsheim-ort29367/unregelmassigkeiten-bei-wahlen-in-ruesselsheim-und-raunheim-90261904.html>
- 17 AfD TV: „AfD-Informationenvideo: Jetzt Wahlbeobachter werden!“. <https://archive.md/3ojlf>
- 18 RND: „Gericht: Rechter Verein „Ein Prozent“ bleibt bei Facebook gesperrt“. RND, 29. November 2019. <https://www.rnd.de/politik/gericht-rechter-verein-ein-prozent-bleibt-bei-facebook-gesperrt-JV7AW7KC64OVWROWPDENYWF74.html>
- 19 Jonas, Uschi: „Benfordsches Gesetz: Nein, Analyse von Goerres und Breunig belegt keinen ‚systematischen Wahlbetrug‘ bei Bundestagswahlen“. Correctiv, 26. September 2021. <https://correctiv.org/faktencheck/2021/09/26/benfordsches-gesetz-nein-analyse-von-goerres-und-breunig-belegt-keinen-systematischen-wahlbetrug-bei-bundestagswahlen/>
- 20 Echtermann, Alice: „Nein, wenn die obere Ecke des Stimmzettels abgeschnitten oder gelocht ist, ist er nicht ungültig“. Correctiv, 10. September 2021. <https://correctiv.org/faktencheck/2021/09/10/nein-wenn-die-obere-ecke-des-stimmzettels-abgeschnitten-oder-gelocht-ist-ist-er-nicht-ungueltig/>
- 21 Gatewood, Cooper; O’Connor, Ciaran: “Disinformation briefing: Narratives around Black Lives Matter and voter fraud”. Institute for Strategic Dialogue, 2020. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/disinformation-briefing-narratives-around-black-lives-matter-and-voter-fraud/>
- 22 Die Wahlmanipulation der Öffentlich-Rechtlichen Medien - Gerald Grosz für den Deutschland Kurier. <https://www.youtube.com/watch?v=wmf20Ai8r78&t=1s>
- 23 Göttinger Tageblatt: „Panne bei Bundestagswahl in Göttingen: Auszählungs-Liste ohne AfD“. Göttinger Tageblatt, 26. September 2021. <https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Panne-bei-Bundestagswahl-Goettinger-Auszaehlungs-Zettel-ohne-AfD>

Endnoten

- 24 „Bundestagswahl 2021: Bundeswahlleiter legt Einspruch in sechs Berliner Wahlkreisen ein“. Der Bundeswahlleiter, Pressemitteilung Nr. 54/21 vom 19. November 2021. https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/54_21_einspruch_berlin.html
- 25 „Bundestagswahl 2021: Bundeswahlleiter legt Einspruch in sechs Berliner Wahlkreisen ein“. Der Bundeswahlleiter, Pressemitteilung Nr. 54/21 vom 19. November 2021. https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/54_21_einspruch_berlin.html
- 26 Links zum Originalinhalt können auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden. Das ISD Germany hat sich dafür entschieden, sie hier nicht zu veröffentlichen, um eine Vergrößerung der Reichweite der eventuell schädlichen Originalinhalte zu verhindern.
- 27 Correctiv: „Diese Falschinformationen und irreführenden Gerüchte kursieren über die Bundestagswahl 2021“. Correctiv, 27. September 2021. <https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2021/09/27/diese-falschinformationen-und-irrefuehrenden-geruechte-kursieren-ueber-die-bundestagswahl-2021/>
- 28 Der Bundeswahlleiter, Glossar, Ausweispflicht: <https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/a/ausweispflicht.html>
- 29 Correctiv: „Wahlurnen müssen keine Siegel haben“, <https://correctiv.org/faktencheck/2021/09/29/bundestagswahl-wahlurnen-muessen-keine-siegel-haben-deutschland-berlin-dortmund/>
- 30 Salem, Saladin: „Nein, das Bundesverfassungsgericht hat nicht alle Wahlen seit 1956 für nichtig erklärt“. AFP Deutschland, 22. September 2021. <https://faktencheck.afp.com/http%253A%252F%252Fdoc.afp.com%252F9NB82P-1>
- 31 “Between conspiracy and extremism: A long COVID threat?” Introductory paper. Institute for Strategic Dialogue, Dezember 2021. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/between-conspiracy-and-extremism-a-long-covid-threat-introductory-paper/>
- 32 Decker, Markus: „BKA-Präsident Holger Münch: Der Hass im Netz nimmt weiter zu“. RND, 20. Februar 2021. <https://www.rnd.de/politik/bka-prasident-holger-munch-der-hass-nimmt-weiter-zu-XO4L23HLPVC5VLA7CVPEFEGAOA.html>
- 33 Im Juni 2021 wurde im Rahmen des Gesetzespakets zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität eine Ergänzung des deutschen NetzDG verabschiedet.
- 34 “The Battle for Bavaria: Online information campaigns in the 2018 Bavarian State Election”. Institute for Strategic Dialogue, 2019. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/battle-for-bavaria/>
Colliver, Chloe: “Click Here For Outrage: Disinformation in the European Parliamentary Elections 2019”. Institute for Strategic Dialogue, Juni 2020. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/click-here-for-outrage-disinformation-in-the-european-parliamentary-elections-2019/>
- 35 Bundesamt für Verfassungsschutz, „Neuer Phänomenbereich ‚Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates‘“. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2021/2021-04-29-querdenker.html>
- 36 Bewarder, Manuel et al.: „Aus dem Kreislauf von Hetze und Hass werden Taten“. Welt am Sonntag, 26. September 2021. <https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/plus234004302/Bundestagswahl-Bedrohungen-und-Anfeindungen-gegen-Politiker.html>
- 37 Flade, Florian: „BKA registriert mehr als 3660 Straftaten im Wahlkampf“. Die Welt, 23. September 2017. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article168952305/BKA-registriert-mehr-als-3660-Straftaten-im-Wahlkampf.html>
- 38 „Parteien melden massive Störungen durch ‚Querdenker‘“. Der Spiegel 38/2021. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestagswahl-querdenker-stoeren-wahlveranstaltungen-a-f9ecd663-99bf-4439-9be1-b30cfc9a90e3>
- 39 Bussang, Bernd: „Spahn wird in Leverkusen von 100 Impfgegnern empfangen“. Rheinische Post, 24. August 2021. https://rp-online.de/nrw/staedte/leverkusen/100-impfgegner-stoeren-wahlkampfauftritt-spahns-in-leverkusen_aid-62342731
- 40 Frigelj, Kristian: „Corona-Rebellen‘ stören Auftritt von Annalena Baerbock“, Die Welt, 11. August 2021. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus233065735/Annalena-Baerbock-Corona-Rebellen-stoeren-ihren-Auftritt.html>
- 41 Smirnova, Julia; Winter, Hannah; Mathelemuse, Nora; Dorn, Mauritius; Schwertheim, Helena: „Digitale Gewalt und Desinformation gegen Spitzenkandidat:innen vor der Bundestagswahl 2021“. Institute for Strategic Dialogue, 2021. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/digitale-gewalt-und-desinformation-gegen-spitzenkandidatinnen-vor-der-bundestagswahl-2021/>
- 42 Ebd.
- 43 Ebd.
- 44 Einzelheiten siehe: Anti-Defamation League: “The Antisemitism Lurking Behind George Soros Conspiracy Theories” 11. Oktober 2018 <https://www.adl.org/blog/the-antisemitism-lurking-behind-george-soros-conspiracy-theories>
- 45 Gensing, Partick: „Alte Mythen, neues Feindbild“. ARD-Faktenfinder, 20. April 2021. <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/baerbock-soros-101.html>
- 46 Smirnova, Julia; Winter, Hannah; Mathelemuse, Nora; Dorn, Mauritius; Schwertheim, Helena: „Digitale Gewalt und Desinformation gegen Spitzenkandidat:innen vor der Bundestagswahl 2021“. Institute for Strategic Dialogue, 2021. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/digitale-gewalt-und-desinformation-gegen-spitzenkandidatinnen-vor-der-bundestagswahl-2021/>
- 47 HateAid: „Hass als Berufsrisiko – Digitale Gewalt im Wahlkampf“. HateAid, 09/2021. <https://hateaid.org/wp-content/uploads/2021/09/Report-2-Hass-als-Berufsrisiko.pdf>

Endnoten

- 48 Gensing, Patrick: „Zwischen Satire und Falschmeldung“. ARD-Faktenfinder, 28. Juli 2021. <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/laschet-355.html>
- 49 Guhl, Jakob; Davey, Jacob: “A Safe Space to Hate: White Supremacist Mobilisation on Telegram”. Institute for Strategic Dialogue, June 2020. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/a-safe-space-to-hate-white-supremacist-mobilisation-on-telegram/>
Gerster, Lea; Kuchta, Richard; Hammer, Dominik; Schwieter, Christian: „Stützpfiler Telegram. Wie Rechtsextreme und Verschwörungsideolog:innen auf Telegram ihre Infrastruktur ausbauen“. Institute for Strategic Dialogue, Dezember 2021. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/stutzpfeiler-telegram-wie-rechtsextreme-und-verschwörungsideolog:innen-auf-telegram-ihre-infrastruktur-ausbauen/>
- 50 Guerin, Cécile; Maharasingam-Shah, Eisha: “Public Figures, Public Rage: Candidate abuse on social media”. Institute for Strategic Dialogue, October 2020. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/public-figures-public-rage-candidate-abuse-on-social-media/>
Southern, Rosalind; Harmer, Emily: “Othering Political Women: Online Misogyny, Racism and Ableism Towards Women in Public Life”. In: Lumsden K., Harmer E. (eds) Online Othering. Palgrave Studies in Cybercrime and Cybersecurity. Palgrave Macmillan, 2019. https://doi.org/10.1007/978-3-030-12633-9_8
“Sexism, harassment and violence against women parliamentarians”. Inter-Parliamentary Union, 2016. <https://www.ipu.org/resources/publications/issue-briefs/2016-10/sexism-harassment-and-violence-against-women-parliamentarians>
- 51 In einem ersten Schritt wurde aus ISD-internen Beleidigungslisten und der von der Süddeutschen Zeitung in ihrem Projekt #hasssmessen verwendeten Schimpfwortliste eine 275 Wörter umfassende Schlagwortliste für Schimpfwörter zusammengestellt. Nach der Bereinigung der gesammelten Twitter-Daten filterten die Analyst:innen nur Tweets heraus, die potenziell missbräuchliche Wörter aus der Stichwortliste enthielten. Diese Tweets wurden dann mit einem vorab trainierten Algorithmus analysiert, um festzustellen, ob die Tweets selbst beleidigend waren. Die Analyst:innen verwendeten einen binär trainierten Naive-Bayes-Klassifikator zur Unterscheidung zwischen missbräuchlichen und nicht missbräuchlichen Inhalten (z. B. Fälle, in denen Schimpfwörter verwendet wurden, um über Missbrauch zu sprechen).
- 52 Vidgen, Bertie; Harris, Alex; Nguyen, Dong; Tromble, Rebekah; Hale, Scott; Margetts, Helen: “Challenges and frontiers in abusive content detection”. In: Proceedings of the Third Workshop on Abusive Language Online. Association for Computational Linguistics, August 2019. <https://aclanthology.org/W19-3509>
- 53 Mathelemuse, Nora; Visser, Francesca; Ahonen, Anneli: “Extremism, Hate and Disinformation: Exploiting the Afghanistan Crisis Ahead of the German Federal Elections”. Institute for Strategic Dialogue, 21 October 2021. <https://www.isdglobal.org/digital-dispatches/extremism-hate-and-disinformation-exploiting-the-afghanistan-crisis-ahead-of-the-german-federal-elections/>
- 54 Links zum Originalinhalt können auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden. Das ISD Germany hat sich dafür entschieden, sie hier nicht zu veröffentlichen, um eine Vergrößerung der Reichweite der eventuell schädlichen Originalinhalte zu verhindern.
- 55 Links zum Originalinhalt können auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden. Das ISD Germany hat sich dafür entschieden, sie hier nicht zu veröffentlichen, um eine Vergrößerung der Reichweite der eventuell schädlichen Originalinhalte zu verhindern.
- 56 Pollytix: „Desinformation in Sozialen Medien“. Reset, 19. Juli 2021. https://public.reset.tech/documents/210811_Reset_pollytix_Desinformation.pdf
- 57 Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz vom 06.09.2021. https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz/2480282#content_4
- 58 Foster, Lee; Mainor, David; Read, Ben; Riddell, Sam; Roncone, Gabby; Smith, Lindsay; Wahlstrom, Alden: “Ghostwriter Update: Cyber Espionage Group UNC1151 Likely Conducts Ghostwriter Influence Activity”. Mandiant, 28. April 2021. <https://www.mandiant.com/resources/espionage-group-unc1151-likely-conducts-ghostwriter-influence-activity>
- 59 Blutguth, Corinna; Metzger, David: “The Elections, Covid, and Afghanistan: August on the German Elections Dashboard”. German Marshall Fund, 21. September 2021. <https://securingdemocracy.gmfus.org/the-elections-covid-and-afghanistan-august-on-the-german-elections-dashboard/>
- 60 Applebaum, Ann; Pomerantsev, Peter; Smith, Melanie; Colliver, Chloe: „Make Germany Great Again“ – Kremlin, Alt-Right and International Influences in the 2017 German Elections. Institute for Strategic Dialogue, December 2017. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/make-germany-great-again-kremlin-alt-right-and-international-influences-in-the-2017-german-elections/>
Berzine, Kristine: “Top 5 German Election Dashboard Takeaways” <https://securingdemocracy.gmfus.org/top-5-german-election-dashboard-takeaways/>
- 61 Berzina, Kristine; Blutguth, Corinna; Metzger, David: “Russia’s Media Reach and Coverage of Candidates in Advance of the German Federal Election”. 25. September 2021, <https://securingdemocracy.gmfus.org/russias-media-reach-and-coverage-of-german-elections-candidates-in-advance-of-the-federal-election/>

Endnoten

- 62 <https://archive.is/wip/y7gkE>
- 63 <https://archive.is/ATRhG>
- 64 <https://archive.is/Elwm8>
- 65 Berzina, Kristine; Blutguth, Corinna; Metzger, David: "Russia's Media Reach and Coverage of Candidates in Advance of the German Federal Election". 25. September 2021, <https://securingdemocracy.gmfus.org/russias-media-reach-and-coverage-of-german-elections-candidates-in-advance-of-the-federal-election/>
- 66 <https://archive.is/MvCcW>
- 67 <https://archive.is/PDBe1>
- 68 <https://archive.is/oNmyf>
- 69 Metzger, David; Blutguth Corinna; Schafer, Bret: „Interest Alignment: The Appeal of RT Deutsch with Supporters of the Alternative for Deutschland“. GMF, 09. November 2021. <https://securingdemocracy.gmfus.org/interest-alignment-the-appeal-of-rt-deutsch-with-supporters-of-the-alternative-for-deutschland/>
- 70 Smirnova, Julia; Winter, Hannah: „Ein Virus des Misstrauens: Der russische Staatssender RT DE und die deutsche Corona-Leugner-Szene“. Institute for Strategic Dialogue, 2021. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/ein-virus-des-misstrauens-der-russische-staatssender-rt-de-und-die-deutsche-corona-leugner-szene1/>
- 71 Smirnova, Julia; Winter, Hannah: „Ein Virus des Misstrauens: Der russische Staatssender RT DE und die deutsche Corona-Leugner-Szene“. Institute for Strategic Dialogue, 2021. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/ein-virus-des-misstrauens-der-russische-staatssender-rt-de-und-die-deutsche-corona-leugner-szene1/>
- 72 Rohwedder, Wulf: „Ermittlungen gegen Bhakdi wieder aufgenommen“. Tagesschau.de, 25. November 2021. <https://www.tagesschau.de/investigativ/bhakdi-antisemitismus-111.html>
- 73 Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Stellungnahmen zur Publikation „Corona Fehlalarm?“, 21 August 2020. <https://www.uni-kiel.de/de/coronavirus/details/news/corona-stellungnahmen-fehlalarm>
- 74 "Spike protein produced by vaccine not toxic". AP Fact-check, 9. Juni 2021. <https://apnews.com/article/fact-checking-377989296609>
- 75 „Wahlbeteiligung und Briefwahl“, Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/341117/wahlbeteiligung-und-briefwahl>
- 76 Ebd.
- 77 Dorn, Mauritius; Bundtzen, Sara: „Bundestagswahl 2021 Eine Evaluation der Regeln gegen digitale Bedrohungen im Netz“, Institute for Strategic Dialogue, January 2022.



Beirut | Berlin | London | Paris | Washington DC

Copyright © Institute for Strategic Dialogue (2022).
Das Institute for Strategic Dialogue (gGmbH) ist beim
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg registriert (HRB 207 328B).
Die Geschäftsführerin ist Huberta von Voss. Die Anschrift lautet:
Postfach 80647, 10006 Berlin. Alle Rechte vorbehalten.

www.isdglobal.org